Keine Entlassungen bei Bombardier! Wir bleiben alle!

Gegenwehr! Betriebs- und Gewerkschaftsinfo von ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION, 16. März 2016

Weltweit will Bombardier in den nächsten zwei Jahren rund 7.000 und damit etwa 10% der Stellen streichen, 3.200 davon allein in der Zugsparte und davon wiederum 1.430 in Deutschland. Alleine 1.200 an den größten drei Standorten Hennigsdorf (270 von 2.800), Görlitz (700 von 2.500) und Bautzen (230 von 1.000).
Den unmittelbaren Grund dafür bilden vor allem die enormen Verluste von über 5,3 Milliarden Dollar bei nur 18,2 Milliarden Dollar Umsatz in der Flugzeugsparte. Doch nicht nur die brutale Konkurrenz und die kommende Wirtschaftskrise bilden den Hintergrund für drohende Massenentlassungen. Insbesondere der Einstieg des Pensionsfonds von Québec bei Bombardier Transportation mit 1,5 Milliarden Dollar (30%) hat zusätzlichen Druck geschaffen. Der Fonds verspricht eine Mindestrendite von 9,5%, Ziel ist ein zweistelliger Gewinn.

Angriffe

Dies soll augenscheinlich vor allem durch Sparmaßnahmen auf Kosten der Lohnabhängigen erreicht werden. Alleine in Hennigsdorf sollen die Kosten um insgesamt 20 Prozent gesenkt werden. Der gesamte Wagenkastenrohbau wird eingestellt, 30% der Engineering-Tätigkeiten werden nach Indien verlegt, insgesamt 40% des im Vergleich zur Konkurrenz jetzt schon armseligen Budgets für Forschung und Entwicklung sollen gestrichen werden.

Vorgebliches Ziel dieser Maßnahmen ist es, sich auf die „Kernkompetenzen des Standortes“ zu spezialisieren. Wie das geschehen soll, ist schleierhaft, wo

doch gerade der Wagenkastenbau und das Engineering zwei Kernkompetenzen sind. Außerdem sollen 30% der Stellen in der Führungsebene gestrichen werden, um Entscheidungswege zu verkürzen. Doch auch hier ist davon auszugehen, dass dies vor allem Führungskräfte in den unteren Ebenen treffen wird und nicht diejenigen, die für die zahlreichen Fehlentscheidungen der letzten Jahre verantwortlich sind, die Bombardier und den Standort Hennigsdorf in die heutige Krise gebracht haben. Weitere Maßnahmen sollen im Sommer folgen.
Es wird argumentiert, der Standort sei unwirtschaftlich, da die Stundensätze zu hoch seien und so die Produkte nicht konkurrenzfähig angeboten werden könnten. Doch der Standort wurde erst unwirtschaftlich gemacht, durch das Verpassen von Aufträgen und das Ignorieren von seit Jahren existierenden Problemen. Es wurde zwar viel geredet, aber es hat sich nicht viel getan. Die Kommunikation zwischen den Abteilungen und Bereichen ist nach wie vor miserabel, es gibt zu viele Schnittstellen, Entscheidungsverantwortungen werden hin und hergeschoben oder schlecht kommuniziert. Die zahlreichen Umstrukturierungsprojekte und ständiger Austausch vom oberen Management haben diese Probleme eher noch weiter verschlimmert.

Die Verlagerung von Aufträgen an andere Standorte trotz anderslautender Betriebsvereinbarungen und Verträge ist eine weitere Ursache. Hier zeigt sich, wie versucht wird, die Belegschaft zu spalten und die Standorte gegeneinander auszuspielen, auch bei der Vergabe von Aufträgen ins Ausland. Dann heißt es auf Betriebsversammlungen: deutsche Wertarbeit werde nicht mehr geschätzt oder die Polen würden mit ihren Billiglöhnen uns die Aufträge klauen. Doch nicht die KollegInnen der anderen Standorte sind es, die uns unserer Lebensgrundlage berauben, sondern es sind die ManagerInnen und Eigentümer, die die Stellen streichen. Während auch Betriebsräte gegeneinander um Aufträge buhlen und so bei der Konkurrenz Standort gegen Standort mitspielen, werden in ganz Deutschland und weltweit unsere KollegInnen gefeuert. Wir sollten uns nicht auf das Marionettenspiel einlassen und uns stattdessen mit den KollegInnen und Kollegen im In- und Ausland solidarisieren und unsere Kämpfe verbinden. Auch sie bangen um ihre Lebensgrundlage und die ihrer Familien.

Branchenweite Probleme

Doch nicht nur die ArbeiterInnen bei Bombardier sind von Stellenabbau betroffen, der ganze Metallsektor steckt in einer Krise. So haben Betriebsrat und IG-Metall bei Siemens Power & Gas erst Ende September einen sogenannten „Interessenausgleich“ für das Sparprogramm PG 2020 unterschrieben, der weitgehende Entlassungen im Gasturbinenbau und massive Lohnkürzungen festschreibt. Die Entlassungen sollen „sozialverträglich“ durch einen Sozialplan reguliert stattfinden. Dadurch sollen „sozial Schwächere“ vor Entlassungen geschützt werden.

Einen solchen Ausverkauf gilt es zu verhindern! Denn auch am Standort Nürnberg hieß es einst, man wolle sich auf die Kernkompetenzen konzentrieren. Mit einer Salamitaktik, auf die sich Betriebsrat und Gewerkschaft durch immer weitreichendere Zugeständnisse einließen, wurde der Standort nach und nach dem Untergang geweiht. Es wurde immer weiter gekürzt, bis der Standort schließlich ein reiner Engineering-Standort war. Seit 2004 ist er geschlossen. Auch hier wurden Entlassungen mit einem Sozialplan reguliert. In Hennigsdorf strebt die Unternehmensleitung ebenfalls einen Sozialplan an und auch hier wird die Befürchtung laut, die Produktion könnte nach und nach wegfallen.

Zwar hat die IG-Metall „massive Aktionen“ angekündigt, doch die Gewerkschaft hat schon in der Vergangenheit oft genug gezeigt, dass sie bereit ist, ihre Basis durch einen Sozialplan zu hintergehen. Und auch beim Betriebsrat ist zu befürchten, dass dieser sich letztendlich auf einen Sozialplan einlassen wird, um die Entlassungen „sozialverträglich“ zu gestalten. Doch dieser spaltet nur die Belegschaft und schwächt ihre Kampfbereitschaft. Denkt nicht: „Mich betrifft das sowieso nicht“, denn wie Nürnberg zeigt, kann es jeden früher oder später treffen.

Perspektive Klassenkampf

Wir stellen dem Sozialplan den Kampf gegen alle Entlassungen entgegen – egal ob von unbefristet Beschäftigten oder von LeiharbeiterInnen. Sollte Bombardier an seinen Plänen festhalten und das Unternehmen auf Kosten der Belegschaft „sanieren“ wollen, so sollten wir für die entschädigungslose Enteignung von Bombardier unter Kontrolle der Beschäftigten eintreten.
Warum sollten wir für eure Krise zahlen? Dazu wird es mehr brauchen als ab und zu eine einstündige Kundgebung abzuhalten. Wir brauchen massive Streiks und den Druck von der Straße. Dazu ist es auch nötig den Arbeitskampf mit dem der anderen ArbeiterInnen aus der Metallbranche, wie den KollegInnen von Siemens, zu verbinden. Dafür kann die kommende Tarifrunde eine Gelegenheit sein.